

Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 – Jugend und Soziales	Datum 02.05.2002	
	Schriftführerin Sabine Biesenbach	Telefon-Nr. 02202/142847
		e-mail: s.biesenbach@fb5.stadt-gl.de
Niederschrift		
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe -u. Sozialausschuss)	Sitzung am Mittwoch, 24. April 2002	
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 17:00 bis 18:55 Uhr	
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis		
Tagesordnungspunkt		
Inhalt		

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit, Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes**
- 2. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 12.12.2001 und 28.02.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 28.02.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil**
225/2002
- 4. Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil**
227/2002
- 6. Vorstellung des Projektes "MigrantInnen in Ausbildung (MiA) im Rheinisch-**

**Bergischen Kreis" in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband
Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.**

209/2002

7. **Übertragung der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Flic Flac" auf die
Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V.**
220/2002
8. **Änderung des Maßnahmenbeschlusses für den Spielplatz Auf'm Büchel**
223/2002
9. **Ergebnisse der Studie: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bergisch
Gladbach**
226/2002
10. **Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse
Jugendfreizeitheimen"**
230/2002
11. **Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, Bergisch
Gladbach**
1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach
2. Anträge der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., Bergisch Gladbach
233/2002
12. **Informationen zur Jugendleiter/in-Card**
214/2002
13. **Auswirkungen des Sozialgesetzbuches (SGB) Neuntes Buch(IX) -Rehabilitation
und Teilhabe behinderter Menschen- auf die Jugendhilfe**
176/2002
14. **Statistik - Hilfe zur Erziehung/Hilfe für junge Volljährige von 1996 bis 2001**
213/2002
15. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 28.02.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil**
228/2002
3. **Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Soziales - öffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
89/2002
5. **Rahmenrichtlinien zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe der Stadt Bergisch Gladbach**
218/2002
6. **Darstellung der Aufgaben der Produktgruppe 5-500 - Hilfen in Notlagen Stand 31.12.2001**
217/2002
7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- Ein Faltblatt des Jugendamtes, mit dem die Stadt Bergisch Gladbach zur Teilnahme am Wettbewerb mit dem Titel *In welcher Form können wir uns an der Gestaltung unserer Stadt beteiligen? – Ein Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche aus Bergisch Gladbach im Alter von 12 bis 19 Jahren* einlädt. Das Faltblatt liegt in den Stadthäusern und Bürgerbüros öffentlich aus. Es kann auch im Jugendamt bei Frau Liebmann unter der Telefonnummer 02202/14 25 04 (vormittags) angefordert werden. Ein Abdruck des Faltblatts ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt,
- die Zeitschrift *Jugendhilfereport*, Ausgabe 1/2002, des Landesjugendamtes Rheinland,
- die Broschüre *Aufraffer 2002 – Tipps für junge Leute, die ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind*. Die Broschüre liegt in den Stadthäusern und Bürgerbüros öffentlich aus. Bei Bedarf kann sie im Jugendamt bei Herrn Buhleier unter der Telefonnummer 02202/14 28 30 angefordert werden,
- eine Tischvorlage mit weiteren Erläuterungen zur Beschlussvorlage TOP A 11-J mit der Drucksachen-Nr. 232/2002 *Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, Bergisch Gladbach*
 1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach
 2. Anträge der Katholischen Jugendwerke e.V., Bergisch Gladbach.Die Tischvorlage ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit, Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Herr Hoffstadt eröffnet die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:00 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und entschuldigt die Vorsitzende. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau **Uta Nickel-Kranz** nimmt als Nachfolgerin für Frau Ingeborg Viertel erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teil. Sie ist daher zu verpflichten. Der stellvertretende Vorsitzende begrüßt Frau Nickel-Kranz in den Reihen des Ausschusses und verpflichtet sie in feierlicher Form. Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original der Sitzungsniederschrift beigelegt.

Weiterhin heißt Herr Hoffstadt **Frau Elke Mrziglod** willkommen, die für den

Ausländerbeirat als Nachfolgerin von Frau Funda Eren ebenfalls erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnimmt. Herr Hastrich berichtet, dass das Arbeitsamt Bergisch Gladbach mitgeteilt hat, wegen fehlender Personalkapazitäten auf seine beratende Stimme im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) derzeit verzichten zu wollen.

2 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 12.12.2001 und 28.02.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Die Niederschriften der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 12.12.2001 und 28.02.2002 werden in den vorliegenden Fassungen genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 28.02.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil

Zu Punkt 16.2 fragt Frau Wöber-Servaes nach, ob sich die Planungen der Kinder im Projekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände* an der Realität orientieren. Es müsse verhindert werden, dass Wunschäußerungen Raum gegeben wird, die von vornherein seitens der Stadt unfinanzierbar sind.

Herr Hoffstadt verweist auf die Kritik, die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 28.02.2002 im Zusammenhang mit der Partizipation von Kindern an der Gestaltung des Spielplatzes *Auf'm Büchel* geäußert wurde. Es wurde vereinbart, dass künftig für Projekte, für die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen ist, zunächst ein Budget vorgegeben wird, in dessen Rahmen sich Wünsche und Ideen später auch realisieren lassen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Zu Punkt 6 fragt Herr Hoffstadt nach, wer für die lückenhafte Verbreitung der Einladungen für das ErzieherInnen-Seminar verantwortlich ist, wenn die Fehler nicht bei der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates liegen.

Herr Hastrich antwortet, dass seitens der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates die Einladungen zuverlässig versandt wurden. Eher wurden Einladungen an zusätzliche Einrichtungen und Multiplikatoren verteilt, die nicht dem Verteiler angehörten. Somit ist der Grund für die geringe Teilnahme an diesem Seminar nicht in diesem Bereich zu finden.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zu Punkt 16.6 erbittet Herr Hoffstadt künftig in jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einen Sachstandsbericht zur Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*. Er fragt weiterhin nach, welche finanziellen Auswirkungen der derzeitige Einstellungsstopp und die interne Besetzungssperre im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* haben, wenn die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben derzeit nur in eingeschränktem Maße erfolgen kann.

Herr Kotulla verweist darauf, dass die immer dramatischer werdende Finanzsituation der Stadt auch zu einer restriktiven Personalpolitik zwingt. Momentan wird innerhalb der Stadtverwaltung überlegt, wo Nachbesetzungen von Stellen im Interesse einer sachgerechten Aufgabenerfüllung unbedingt erfolgen müssen. Für den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* ist eine diesbezügliche Lösung gefunden worden.

Herr Hastrich führt aus, dass in Abstimmung mit dem Fachbereich *1- Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung* in einem ersten Schritt ein Teil der Stellen zur internen Besetzung ausgeschrieben werden soll. Erfolg versprechend dürfte dies vorwiegend für Stellen sein, deren Besetzung mit einer Person erfolgen kann, die eine Verwaltungsausbildung als Grundqualifikation hat.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen wird Herr Hastrich die Antwort der Niederschrift beifügen.

Eine seriöse Abschätzung der Folgekosten für die derzeit nur unzureichend besetzten Stellen ist ohne erheblichen Aufwand nicht möglich. Die zusätzlichen Anforderungen neben dem Tagesgeschäft durch „Produktkritik“, Haushaltssperre und Organisationsentwicklung belasten die Leitungskräfte und die Controllerin bereits derart, dass dies derzeit nicht zuzumuten ist. Vielfach werden Belastungen des Etats durch zusätzliches Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermieden. Dabei soll die geleistete Mehrarbeit später durch Freizeit ausgeglichen werden. Zum anderen werden, dort wo es vertretbar oder unvermeidbar ist, Leistungen später oder weniger gründlich erbracht.

Häufig sind die immateriellen Schäden (z.B. verspätete Einrichtung einer Betreuung wegen fehlender Gutachten für das Vormundschaftsgericht führt zu beträchtlichen ggfls. existentiellen Risiken) gravierender als die finanziellen Auswirkungen.

Im Namen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bittet Herr Hoffstadt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* die Anerkennung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) für ihre engagierte Arbeit unter der derzeit belastenden personellen Situation auszurichten. Eine umfangreiche Jugendhilfeplanung zu erarbeiten, die Umorganisation innerhalb des Fachbereichs vorzunehmen und Engpässe aufzufangen, die durch unbesetzte Stellen entstanden sind, stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine große zusätzliche Belastung dar und verlangen ihnen ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft ab. Dies gilt es zu würdigen.

Im Übrigen wird der Durchführungsbericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil

Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage.

Frau Wöber-Servaes fragt zu Punkt 4 nach, ob die erfreuliche Aussage zutrifft, dass die Kreativitätsschule voraussichtlich ab Mitte 2003 in der ehemaligen belgischen Schule in Frankenforst untergebracht wird, wie dies die Bürgermeisterin im Schreiben vom 25.03.2002 den Eltern der SiT-Gruppe der Gemeinschaftsgrundschule Refrath mitgeteilt hat.

Dazu führt Herr Hastrich aus, dass für diese Aussicht eher die Aussage „möglicherweise“ als „voraussichtlich“ zutrifft. Die Stadt bekundet gegenüber dem Bundesvermögensamt stets Interesse an der Übernahme der Immobilie in städtisches Eigentum. Ortsbesichtigungen unter Beteiligung verschiedener Fachbereiche der Stadtverwaltung haben stattgefunden. Es wird geprüft, ob Umnutzungen bei städtischen Einrichtungen möglich sind, durch die die Stadt entlastet werden kann. Sobald konkrete Vorstellungen entwickelt sind, wird in die zuständigen Ausschüsse und den Rat eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht.

Unter Bezug auf Punkt 7 verweist Herr Hoffstadt darauf, dass die Verwaltung den *Elften Kinder- und Jugendbericht* der Bundesregierung in seiner ausführlichen Form im Eingangsbereich des Ratssaales ausgelegt hat und bei Interesse Exemplare mitgenommen werden können.

Frau Schöttler-Fuchs fragt nach den Konsequenzen der Aussagen des *Elften Kinder- und Jugendberichts* auf Bergisch Gladbach. Sie ist der Meinung, dass einige der im Bericht angesprochenen Einzelheiten, z. B. die Sprachförderung, in Bergisch Gladbach bereits umgesetzt werden. Dies bittet sie in einer Vorlage darzustellen.

Herr Hastrich sagt eine entsprechende Mitteilungsvorlage für eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu.

Ergänzend bittet Frau Schu, die zugesagte Vorlage sowie die Zusammenfassung des *Elften Kinder- und Jugendberichts* allen Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen.

Herr Zenz berichtet, dass die *Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG (AG 78)* am 22.04.2002 mit **Herrn Heinrich Hölzl**, Direktor des Heilpädagogisch-therapeutischen Zentrums für Kinder und Jugendliche *Die gute Hand* in Kürten-Biesfeld, einen neuen Vorsitzenden gewählt hat. In besonderer Weise wurde **Herrn Eßer** gedankt, der zwei „Legislaturperioden“ lang den Vorsitz geführt hatte. Diesen Dank wiederholt Herr Zenz vor dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss). Mit Herrn Eßer hatte die *AG 78* einen Vorsitzenden, der gleichzeitig Mitglied des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) der Stadt Bergisch Gladbach war. Um dies auf Vorschlag der *AG 78* auch Herrn Hölzl zu ermöglichen, kündigt Herr Zenz eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 27.06.2002 an. Die Verwaltung wird vorschlagen, der/dem Vorsitzenden der *AG 78* grundsätzlich die beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Wege der Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach zu ermöglichen.

Zu Punkt 8 regt Frau Schöttler-Fuchs an, im Rahmen der ErzieherInnen-Fortbildung

eine Veranstaltung bezüglich der PISA-Studie anzubieten. In der Studie wurde die Forderung erhoben, dass der Kindergarten zur Erfüllung seines Bildungsauftrags gestärkt werden muss und eine intensivere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule anzustreben ist. Es müsse überlegt werden, wie mit dieser Forderung umzugehen ist.

Herr Zenz schlägt vor zu warten, bis die Aussagen der PISA-Studie bezogen auf die einzelnen Bundesländer, PISA-E, vorliegen. Dadurch sind landesspezifische und damit aussagekräftigere Erkenntnisse zu erwarten.

Herr Knops berichtet über die Aktionen, die im Rahmen des vom Land NW geförderten Projekts *Kommunen gegen Rechtsextremismus – Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit* in Bergisch Gladbach durchgeführt wurden. Er dankt dem Verein *RegioNet* für die Betreuung der Projektmittel und seine begleitende Pressearbeit. Ebenfalls dankt Herr Knops den verschiedenen Institutionen wie Schulen, Kindertagesstätten, Jugendverbänden, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen usw., die mit viel Engagement und Ideenreichtum eine bunte Projektpalette angeboten haben. Herr Knops betont, dass *RegioNet* diese Aufgaben umfassend und mit hohem Zeitaufwand in hervorragender Weise erfüllt hat, so dass die Aktionen ein großer Erfolg waren.

Die Dokumentation des medienunterstützten Vortrags von Herrn Knops ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Herr Hoffstadt schließt sich dem Dank an die Projektträger und *Regio Net* an.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, dass *RegioNet* im Nachhinein gern eine Dokumentation der über 80 Einzelprojekte erstellen würde, die Mittel dafür jedoch nicht ausreichen. Deshalb wurde ein Pool gebildet, um die Dokumentation durch Sponsorengelder finanzieren zu können. Sie bittet zu prüfen, ob ein Zuschuss der Stadt in der Größenordnung von 300 bis 500 € gewährt werden kann. Insgesamt sollen rd. 1.500 bis 2.500 € an Sponsorengeldern zusammengetragen werden.

Herr Hoffstadt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden können.

6 Vorstellung des Projektes "MigrantInnen in Ausbildung (MiA) im Rheinisch-Bergischen Kreis" in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.

Frau Funda Eren, zurzeit Leiterin des Projekts „Maßnahme zur Förderung der betrieblichen Ausbildung im Rheinisch-Bergischen Kreis (MfbA)“ in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V., stellt das neue Projekt „MigrantInnen in Ausbildung im Rheinisch-Bergischen Kreis“ vor.

Von der Feststellung ausgehend, dass auch im Rheinisch-Bergischen Kreis der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in betrieblicher Ausbildung rückläufig ist, soll das Projekt die Ausbildungsmotivation junger Migrantinnen und Migranten steigern. Das Projekt zielt gleichfalls auf die Verbesserung der beruflichen Qualifikation junger Migrantinnen und Migranten. Auch sollen zusätzliche

Ausbildungsplätze für deutsche und ausländische Jugendliche in „deutschen“ Unternehmen und in Betrieben, deren Inhaber ausländischer Abstammung sind, geschaffen werden. Zielgruppe des Projekts sind MigrantInnen der 7. bis 10. Schuljahre und ihre Eltern. Die Eltern sollen insbesondere über das duale System der Ausbildung informiert werden.

Das Projekt ist bereits in der Mitteilungsvorlage zur Sitzung ausführlich beschrieben worden. Sie enthält Aussagen zur Ausgangslage, den Zielen, der Ausstattung und Finanzierung des Projekts.

Frau Schu fragt nach dem Kosten- und Finanzierungsplan der Maßnahme.

Herr Eßer, AWO, antwortet, dass sich die kalkulierten Gesamtkosten für die drei Projektjahre auf 570.000 € erhöht haben, weil ein weiterer Mitarbeiter eingestellt werden soll. Die gesamte Finanzierung soll über einen Zuschuss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sichergestellt werden. Es ist nicht beabsichtigt, in drei Jahren städtische Mittel zu beantragen.

Frau Zanders hält es für wichtig, die Eltern in die Maßnahme einzubeziehen. Sie fragt nach, ob es schwierig ist, die Eltern zur Mitarbeit zu bewegen.

Frau Eren berichtet, dass eine erste Informationsveranstaltung am 02.03.2002 in Burscheid für türkische Eltern und Jugendliche durchgeführt wurde. Entsprechende Einladungen (in deutscher und der jeweiligen Muttersprache) wurden über die Schüler an die Eltern verteilt. Dies hat sich jedoch nicht bewährt, so dass die Einladungen für die kommende Veranstaltung mit griechischen Eltern direkt an diese geschickt wurden.

Frau Schu fragt nach, ob für die Rekrutierung von Ausbildungsstellen in den Betrieben das Honorar des Arbeitsamtes für Fremdvermittlung beansprucht werden und so eine Möglichkeit geschaffen werden könnte, um das Projekt gegen zu finanzieren.

Hierzu führt Frau Eren aus, dass das Arbeitsamt das Projekt als Partner unterstützt. Ausländischen Betriebsinhabern, die im Rahmen des Projekts als Ausbilder gewonnen werden können, fehlt oft die zur Ausbildung berechtigte Ausbildereignungsprüfung und das entsprechende Zertifikat. Die hierfür aufzuwendenden Kosten in Höhe von rd. 600 € übernimmt derzeit das Arbeitsamt. Im Übrigen solle das Projekt aus Bundesmitteln voll finanziert werden.

Herr Hoffstadt dankt Frau Eren für ihre Präsentation und äußert seine Hoffnung, dass die noch ausstehende Bewilligung des Projekts seitens des Ministeriums im Sommer erfolgt.

7 **Übertragung der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Flic Flac" auf die Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V.**

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. Die Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V. wird gemäß § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

2. Die Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V. wird gemäß den städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten als finanzschwacher Träger anerkannt.

3. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) stimmt der Verschmelzung des Elternvereins der Turnerschaft 1879 e.V. mit der Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V. sowie der damit einhergehenden Übertragung der Trägerschaft über die Kindertagesstätte „Flic Flac“ auf die Turnerschaft rückwirkend zum 01.01.2002 zu.

8 Änderung des Maßnahmenbeschlusses für den Spielplatz Auf'm Büchel

Auf Nachfrage von Frau Schu bestätigt Herr Hastrich, dass die in der Vorlage genannten Zahlen bereits zur Ratssitzung am 21.03.2002 gründlich recherchiert worden sind.

Herr Neuheuser kündigt an, dass die Fraktion KIDitative dem Beschlussvorschlag wegen der fehlenden Rutsche, die nach Meinung seiner Fraktion zu jedem Kinderspielplatz gehört, nur unter Protest zustimmen kann. Seiner Ansicht nach hätte auch der Bach, der auf der anderen Straßenseite verläuft, in die Planungen einbezogen werden können.

Bezüglich der Spielplatzgestaltung stellt Herr Hastrich in Aussicht, dass die Ausstattung des Spielplatzes jederzeit erweiterbar ist, wenn entsprechende städtische oder Fremdmittel zur Verfügung stehen.

Weiterhin fragt Herr Neuheuser nach, ob die nahe dem Spielplatz befindlichen großen Freiflächen als Flächen zur Naherholung planungsrechtlich abgesichert sind. Dies bestätigt Herr Hastrich.

Auch die bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) kritisierte Durchführung der Partizipation von Kindern an der Spielplatzgestaltung greift Herr Neuheuser noch einmal auf.

Herr Hastrich bestätigt, dass künftig zunächst ein Budget festgelegt wird, bevor im Rahmen der Partizipation Kindern Gelegenheit gegeben wird, Wünsche zur Spielplatzgestaltung zu äußern.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Spielplatz Auf'm Büchel soll, wie in der Planskizze (Variante 3

der Beschlussvorlage vom 28.02.2002) dargestellt, errichtet werden. Für die Errichtung des Spielplatzes wird ein Betrag von ca. 105.244 € veranschlagt.

9 **Ergebnisse der Studie: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bergisch Gladbach**

Herr Neuheuser stellt fest, dass nunmehr 2½ Jahre vergangen sind seit die Fraktion KIDitiative den Antrag auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen an sie betreffende Entscheidungen gestellt hat. Er lobt, dass die Möglichkeiten der Partizipation in der Vorlage ausführlich dargestellt sind. Das Fazit hält er jedoch für unbefriedigend. Eine nur projektbezogene Beteiligung hält die Fraktion KIDitiative für nicht wünschenswert, da sich dann die Frage stellt, wer die Projekte auswählt, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen können. Hierfür würde wiederum ein mit Kindern und Jugendlichen besetztes Forum erforderlich, das die entsprechende Auswahl treffen müsste.

Herr Zenz bestätigt, dass eine Kultur der Beteiligung von Jugendlichen entwickelt werden muss, wenn es um die Frage der Projektbeteiligung geht. Es ist zu überlegen, wie Projekte ausgewählt und begleitet werden sollen. Projekte haben den Vorteil, dass sie unmittelbar das Lebensumfeld der Jugendlichen betreffen. Herr Zenz sagt zu, den Fraktionen die umfangreiche Ausarbeitung der Studie zuzuleiten, damit dort eine vertiefende Nacharbeitung erfolgen kann.

Herr Neuheuser teilt mit, dass seine Fraktion auf die Ergebnisse des Wettbewerbs (s. Anlage 1) gespannt ist. In diesem Zusammenhang fragt er nach, an wen das eingangs der Sitzung verteilte Faltblatt geschickt wurde.

Herr Zenz antwortet, dass das Faltblatt gerade fertig gestellt und mit dem Versand an Schulen, Jugendeinrichtungen und Jugendverbände erst am Sitzungstag begonnen wurde.

Herr Köntje hält es für wünschenswert, das Thema Partizipation auch weiterhin parteiübergreifend zu behandeln. Er verweist darauf, dass von 95 Verbänden und Einrichtungen, die eingeladen waren an der Untersuchung teilzunehmen, 31 Interesse signalisiert haben und letztlich zwanzig Gruppeninterviews zustande kamen, in denen sich die Jugendlichen überwiegend für projektbezogene Beteiligung ausgesprochen haben. Herr Köntje plädiert für weiteres schrittweises Vorgehen, wie es im Rahmen der Befragungen praktiziert wurde. Er regt an, das Medium Internet zu nutzen und ein Internet-Forum einzurichten. Weiterhin sei zu bedenken, dass Entscheidungen für eine parlamentarische und/oder projektorientierte Beteiligung auch von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt abhängen.

Herr Hastrich führt aus, dass die durchgeführte Befragung keineswegs die einzige Bemühung der Stadt ist, Partizipationswünsche zu erkunden und Beteiligung zu gewährleisten. In zahlreichen weiteren Projekten sind Kinder und Jugendliche in Belange der Stadtentwicklung eingebunden, z.B. durch das Projekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände*. Durch den ausgeschriebenen Wettbewerb soll

in Erfahrung gebracht werden, in welcher Form Kinder und Jugendliche sich ihre Beteiligung an der Gestaltung ihrer Stadt vorstellen können. Deshalb ist noch kein Beschlussvorschlag zu Strukturformen von Partizipation unterbreitet worden.

Frau Schöttler-Fuchs fragt, inwieweit der Agenda-Beauftragte im Hinblick auf die Stadtentwicklung an den Partizipationsbestrebungen beteiligt ist.

Herr Hastrich teilt mit, dass der Agenda-Beauftragte ein Internet-Spiel vorbereitet, in dem sich BürgerInnen jeden Alters zu Fragen der Stadtentwicklung einbringen können. Geplant sind verschiedene Themenkomplexe. Auch der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* ist an der Entwicklung des Spiels beteiligt. Mit der Veröffentlichung des Spiels im Internet ist Anfang des Jahres 2003 zu rechnen. Ein eigenständiges Internet-Forum hält Herr Hastrich wegen fehlender personeller Kapazitäten für nicht durchführbar. Er verweist auf die homepage der Stadtverwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, sich einzubringen.

10 Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"

Aufgrund der weitgehenden Konsequenzen, die sich aus der Abstimmung über die Vorlage ergeben, stellt Frau Wöber-Servaes für die CDU-Fraktion den Antrag, die Beschlussfassung zu vertagen.

Herr Hoffstadt lässt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Drucksachen-Nr. 230/2002 *Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"* wird vertagt.

11 Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, Bergisch Gladbach

1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach

2. Anträge der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., Bergisch Gladbach

Ergänzend zu der mit der Einladung versandten Beschlussvorlage verweist Herr Hastrich auf die eingangs der Sitzung verteilte Tischvorlage. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Herr Hastrich erläutert, dass der Ausgangspunkt für die Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße war, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der offenen Jugendarbeit in der Stadtmitte ein differenzierteres Angebot zu unterbreiten. Damit einher geht der bereits beschlossene Trägerwechsel und die Bereitschaft des neuen Trägers, ein neues Konzept einzubringen. Hierdurch müssen künftig geringere städtische Mittel für die offene Jugendarbeit aufgewendet werden.

Statt des Zuschussbedarfs für die *Offene Tür St. Laurentius* im Jahr 2000 in Höhe von 131.054 € sinkt der Zuschussbedarf im Jahr 2002 bereits um rd. 50.000 € auf 80.370 €. Für das Jahr 2003 ist, unter Anwendung der Regelförderung, ein Zuschussbedarf von rd. 70.000 € zu erwarten, der – gemessen am Jahr 2000 als Bezugsgröße – mithin um 47 % abgesenkt werden konnte.

Gleichzeitig konnte der Investitionsbedarf, der für die Einrichtung seit längerer Zeit bestand, deutlich abgesenkt werden, da nicht mehr die gesamte Fläche, die bisher der offenen Jugendarbeit zur Verfügung stand, in die Förderung einbezogen wird.

Herr Hastrich teilt mit, dass Mittel in der genannten Höhe in den Haushalt eingestellt wurden.

Frau Schu fragt nach der Kalkulation der Personalkosten. Zurzeit ist statt der ehemals vorgesehenen drei Stellen nur eine besetzt. Sie bittet um Auskunft, für wie viele Stellen die Stadt derzeit Personalkostenzuschüsse zahlt.

Herr Hastrich antwortet, dass der Personalkostenzuschuss nur auf der Grundlage tatsächlich beschäftigter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezahlt wird.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius auf Förderung der Sanierungskosten des Gebäudes Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius auf eine Förderung in Höhe von 147.171,69 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 443.551 € auf 88.964 € festgesetzt. Ein Teilbetrag in Höhe von 26.500 € steht für 2002 zur Verfügung, die restlichen Fördermittel werden vorbehaltlich der Bereitstellung im Haushalt der Jahre 2003 und 2004 ausgezahlt.**
- 2. Dem Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., auf Förderung der Einrichtungskosten für die *Ehrenamtlichen Räume* in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, in Höhe von maximal 2.644,34 € wird zugestimmt. Der Förderbetrag versteht sich auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 28.251,47 €.**
- 3. Dem Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., auf Förderung der Einrichtungskosten für das *Offene Jugendcafé – Internet-Café* in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V. auf eine Förderung in Höhe von 32.354,42 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 46.220,60 € auf maximal 25.550,00 € festgesetzt.**

Herr Neuheuser stellt fest, dass die vorgelegte Zusammenstellung der Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiter/in-Card sehr interessant ist. Gleichzeitig bemängelt er, dass in Bergisch Gladbach nur wenige Vergünstigungen geboten werden.

In seiner Eigenschaft als Sprecher der *Planungsgruppe Jugendverbandsarbeit* kritisiert Herr Neuheuser, dass die Verwaltung in der Vorlage äußert, aus personellen Gründen noch nicht mehr habe erreichen können. Die Planungsgruppe habe bezogen auf Bergisch Gladbach konkrete Vorschläge für Vergünstigungen unterbreitet. Zudem hat die Planungsgruppe unter den aktiven Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleitern eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Mit den über 200 gesammelten Unterschriften soll die Bürgermeisterin gebeten werden, sich für die Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Jugendleiterinnen und Jugendleiter einzusetzen. Seit Ende des Jahres 2001 versuche die Planungsgruppe, die Unterschriftenliste an die Bürgermeisterin zu übergeben. Leider seien alle bisher vereinbarten Termine nicht zustande gekommen. Herr Neuheuser zeigt sich zuversichtlich, dass es demnächst zu einem Treffen kommen wird.

Es gilt einen Anreiz für die Jugendleiterinnen und Jugendleiter zu schaffen, die Juleica zu beantragen, weil künftig aus versicherungsrechtlichen Gründen ein amtlicher Nachweis der Tätigkeit als Jugendleiterin oder Jugendleiter verlangt wird.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

13 **Auswirkungen des Sozialgesetzbuches (SGB) Neuntes Buch(IX) -Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen- auf die Jugendhilfe**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14 **Statistik - Hilfe zur Erziehung/Hilfe für junge Volljährige von 1996 bis 2001**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

15 **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

15.1. Verunreinigung der Spielplätze durch Hundekot

Frau Schöttler-Fuchs erinnert daran, dass die Verwaltung nach einer diesbezüglichen Anfrage in einer früheren Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), bei anderen Kommunen anfragen wollte, ob dort Konzepte vorliegen, wie Hundebesitzer zur Beseitigung von Hundekot auf Spielplätzen veranlasst werden könnten. Weiterhin erinnert sie an die Zusage, im Zusammenhang mit der Rahmenplanung Bockenberg Kinder zu befragen, wie nach ihrer Meinung dieses Problem bewältigt werden könnte.

Herr Zenz antwortet, dass im Zusammenhang mit der Rahmenplanung

Bensberg für eine Stelle am *Deutschen Platz* geprüft wurde, einen Automaten zum Erwerb von Tüten aufzustellen, in die Hundebesitzer Hundekot entsorgen können. Die Verhandlungen sind jedoch ins Stocken gekommen, weil es Probleme mit dem Vertreter gegeben hat. Die Verwaltung wird sich weiterhin um die Problematik kümmern.

15.2. Jugendzeltplatz Freudenthal

Bezüglich ihrer damaligen Anregung, für die Benutzer des Jugendzeltplatzes Freudenthal ein pädagogisches Angebot zu unterbreiten, fragt Frau Schöttler-Fuchs nach dem Sachstand.

Herr Zenz berichtet, dass sich das Angebot „Jugendzeltplatz“ in der Produktkritik befindet. Es ist derzeit fraglich, ob sich die Stadt den Betrieb des Jugendzeltplatzes künftig noch leisten kann. Unter Hinweis auf die Verwaltungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 330/2001 aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 07.06.2001 erinnert Herr Zenz an die Notwendigkeit, aus städtischen Mitteln Investitionen für den Jugendzeltplatz tätigen zu müssen. Ob diese Finanzmittel noch aufgebracht werden können, wird geprüft. Für das Jahr 2002 ist das Angebot des Jugendzeltplatzes gesichert.

Zurzeit ist daran gedacht, für den zukünftigen Betrieb Jugendverbände oder andere Institutionen zu motivieren, den Jugendzeltplatz in dieser oder ähnlicher Form zu übernehmen und zu betreiben. Die Stadt muss gleichzeitig von der Pflicht zur Übernahme künftiger Investitions- und laufender Kosten aus dem städtischen Etat freigestellt werden.

15.3. Konzeptionelle offene Jugendarbeit in der Stadtmitte

Herr Neuheuser erinnert daran, dass zurzeit bestimmte Altersgruppen durch die Schließung der *OT St. Laurentius* nicht betreut sind. Ihre Betreuung sollte durch das *Q 1 Jugend-Kulturzentrum* erreicht werden. Er erbittet einen Sachstandsbericht.

Herr Knops antwortet, dass die wieder stabilere Personalsituation im Jugend-Café des *Q 1 Jugend-Kulturzentrum* dazu geführt hat, dass sich jüngere Besucher als vorher dem Jugend-Café zuwenden. Natürlich kann keine Garantie gegeben werden, dass ausnahmslos alle ehemaligen jüngeren Besucher der *OT St. Laurentius* nun das Jugend-Café besuchen.

Bezüglich der Mädchenarbeit, die die *OT St. Laurentius* geleistet hat, berichtet Herr Knops, dass die Kontinuität dadurch aufrecht erhalten werden konnte, dass eine ehemalige feste Mitarbeiterin der Einrichtung die bestehende Mädchengruppe nun als freie Mitarbeiterin betreut. Dies soll auch beibehalten werden.

Zusätzlich bereitet sich die Mobile Offene Jugendarbeit, dem Wunsch des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) folgend, darauf vor, auf Jugendliche und Jugendcliquen in der Stadtmitte zuzugehen.

Bezüglich der Offenen Tür im *Q 1 Jugend-Kulturzentrum* teilt Herr Knops mit,

dass derzeit die Stelle einer pädagogischen Mitarbeiterin vakant ist. Die Wiederbesetzung ist beabsichtigt.

15.4. Sicherheitsüberprüfung auf städtischen Kinderspielpätzen

Frau Dehler berichtet von einem Artikel aus der Zeitschrift *Focus* vom März 2002. Demzufolge hat der Technische Überwachungsverein (TÜV) festgestellt, dass auf 30 % aller Kinderspielplätze ernsthafte Sicherheitsmängel bestehen. Frau Dehler fragt an, ob auf den Kinderspielplätzen der Stadt Bergisch Gladbach Sicherheitsüberprüfungen stattfinden.

Herr Zenz erläutert, dass die Spielgeräte auf den öffentlichen Spielplätzen in regelmäßigen Abständen von städtischen Mitarbeitern des *Fachbereichs 7 – Umwelt und Technik* überprüft und gewartet werden. Hierüber ist jeweils ein Prüfbericht anzufertigen.

Darüber hinaus können auch Bürgerinnen und Bürger, die einen Sicherheitsmangel auf einem städtischen Spielplatz feststellen, sich jederzeit an die Verwaltung wenden und dies anzeigen.

Herr Hoffstadt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:34 Uhr.

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- Ein Faltblatt des Jugendamtes, mit dem die Stadt Bergisch Gladbach zur Teilnahme am Wettbewerb mit dem Titel *In welcher Form können wir uns an der Gestaltung unserer Stadt beteiligen? – Ein Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche aus Bergisch Gladbach im Alter von 12 bis 19 Jahren* einlädt. Das Faltblatt liegt in den Stadthäusern und Bürgerbüros öffentlich aus. Es kann auch im Jugendamt bei Frau Liebmann unter der Telefonnummer 02202/14 25 04 (vormittags) angefordert werden. Ein Abdruck des Faltblatts ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt,
- die Zeitschrift *Jugendhilfereport*, Ausgabe 1/2002, des Landesjugendamtes Rheinland,
- die Broschüre *Aufraffer 2002 – Tipps für junge Leute, die ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sind*. Die Broschüre liegt in den Stadthäusern und Bürgerbüros öffentlich aus. Bei Bedarf kann sie im Jugendamt bei Herrn Buhleier unter der Telefonnummer 02202/14 28 30 angefordert werden,
- eine Tischvorlage mit weiteren Erläuterungen zur Beschlussvorlage TOP A 11-J mit der Drucksachen-Nr. 232/2002 *Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, Bergisch Gladbach*
 1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach
 2. Anträge der Katholischen Jugendwerke e.V., Bergisch Gladbach.Die Tischvorlage ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit, Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Herr Hoffstadt eröffnet die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:00 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und entschuldigt die Vorsitzende. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau **Uta Nickel-Kranz** nimmt als Nachfolgerin für Frau Ingeborg Viertel erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teil. Sie ist daher zu verpflichten. Der stellvertretende Vorsitzende begrüßt Frau Nickel-Kranz in den Reihen des Ausschusses und verpflichtet sie in feierlicher Form. Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original der Sitzungsniederschrift beigelegt.

Weiterhin heißt Herr Hoffstadt **Frau Elke Mrziglod** willkommen, die für den

Ausländerbeirat als Nachfolgerin von Frau Funda Eren ebenfalls erstmalig an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnimmt. Herr Hastrich berichtet, dass das Arbeitsamt Bergisch Gladbach mitgeteilt hat, wegen fehlender Personalkapazitäten auf seine beratende Stimme im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) derzeit verzichten zu wollen.

2 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 12.12.2001 und 28.02.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Die Niederschriften der Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 12.12.2001 und 28.02.2002 werden in den vorliegenden Fassungen genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 28.02.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil

Zu Punkt 16.2 fragt Frau Wöber-Servaes nach, ob sich die Planungen der Kinder im Projekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände* an der Realität orientieren. Es müsse verhindert werden, dass Wunschäußerungen Raum gegeben wird, die von vornherein seitens der Stadt unfinanzierbar sind.

Herr Hoffstadt verweist auf die Kritik, die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 28.02.2002 im Zusammenhang mit der Partizipation von Kindern an der Gestaltung des Spielplatzes *Auf'm Büchel* geäußert wurde. Es wurde vereinbart, dass künftig für Projekte, für die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen ist, zunächst ein Budget vorgegeben wird, in dessen Rahmen sich Wünsche und Ideen später auch realisieren lassen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Zu Punkt 6 fragt Herr Hoffstadt nach, wer für die lückenhafte Verbreitung der Einladungen für das ErzieherInnen-Seminar verantwortlich ist, wenn die Fehler nicht bei der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates liegen.

Herr Hastrich antwortet, dass seitens der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates die Einladungen zuverlässig versandt wurden. Eher wurden Einladungen an zusätzliche Einrichtungen und Multiplikatoren verteilt, die nicht dem Verteiler angehörten. Somit ist der Grund für die geringe Teilnahme an diesem Seminar nicht in diesem Bereich zu finden.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zu Punkt 16.6 erbittet Herr Hoffstadt künftig in jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einen Sachstandsbericht zur Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*. Er fragt weiterhin nach, welche finanziellen Auswirkungen der derzeitige Einstellungsstopp und die interne Besetzungssperre im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* haben, wenn die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben derzeit nur in eingeschränktem Maße erfolgen kann.

Herr Kotulla verweist darauf, dass die immer dramatischer werdende Finanzsituation der Stadt auch zu einer restriktiven Personalpolitik zwingt. Momentan wird innerhalb der Stadtverwaltung überlegt, wo Nachbesetzungen von Stellen im Interesse einer sachgerechten Aufgabenerfüllung unbedingt erfolgen müssen. Für den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* ist eine diesbezügliche Lösung gefunden worden.

Herr Hastrich führt aus, dass in Abstimmung mit dem Fachbereich *1- Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung* in einem ersten Schritt ein Teil der Stellen zur internen Besetzung ausgeschrieben werden soll. Erfolg versprechend dürfte dies vorwiegend für Stellen sein, deren Besetzung mit einer Person erfolgen kann, die eine Verwaltungsausbildung als Grundqualifikation hat.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen wird Herr Hastrich die Antwort der Niederschrift beifügen.

Eine seriöse Abschätzung der Folgekosten für die derzeit nur unzureichend besetzten Stellen ist ohne erheblichen Aufwand nicht möglich. Die zusätzlichen Anforderungen neben dem Tagesgeschäft durch „Produktkritik“, Haushaltssperre und Organisationsentwicklung belasten die Leitungskräfte und die Controllerin bereits derart, dass dies derzeit nicht zuzumuten ist. Vielfach werden Belastungen des Etats durch zusätzliches Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermieden. Dabei soll die geleistete Mehrarbeit später durch Freizeit ausgeglichen werden. Zum anderen werden, dort wo es vertretbar oder unvermeidbar ist, Leistungen später oder weniger gründlich erbracht.

Häufig sind die immateriellen Schäden (z.B. verspätete Einrichtung einer Betreuung wegen fehlender Gutachten für das Vormundschaftsgericht führt zu beträchtlichen ggfls. existentiellen Risiken) gravierender als die finanziellen Auswirkungen.

Im Namen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bittet Herr Hoffstadt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* die Anerkennung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) für ihre engagierte Arbeit unter der derzeit belastenden personellen Situation auszurichten. Eine umfangreiche Jugendhilfeplanung zu erarbeiten, die Umorganisation innerhalb des Fachbereichs vorzunehmen und Engpässe aufzufangen, die durch unbesetzte Stellen entstanden sind, stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine große zusätzliche Belastung dar und verlangen ihnen ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft ab. Dies gilt es zu würdigen.

Im Übrigen wird der Durchführungsbericht zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Jugend - öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil

Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage.

Frau Wöber-Servaes fragt zu Punkt 4 nach, ob die erfreuliche Aussage zutrifft, dass die Kreativitätsschule voraussichtlich ab Mitte 2003 in der ehemaligen belgischen Schule in Frankenforst untergebracht wird, wie dies die Bürgermeisterin im Schreiben vom 25.03.2002 den Eltern der SiT-Gruppe der Gemeinschaftsgrundschule Refrath mitgeteilt hat.

Dazu führt Herr Hastrich aus, dass für diese Aussicht eher die Aussage „möglicherweise“ als „voraussichtlich“ zutrifft. Die Stadt bekundet gegenüber dem Bundesvermögensamt stets Interesse an der Übernahme der Immobilie in städtisches Eigentum. Ortsbesichtigungen unter Beteiligung verschiedener Fachbereiche der Stadtverwaltung haben stattgefunden. Es wird geprüft, ob Umnutzungen bei städtischen Einrichtungen möglich sind, durch die die Stadt entlastet werden kann. Sobald konkrete Vorstellungen entwickelt sind, wird in die zuständigen Ausschüsse und den Rat eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht.

Unter Bezug auf Punkt 7 verweist Herr Hoffstadt darauf, dass die Verwaltung den *Elften Kinder- und Jugendbericht* der Bundesregierung in seiner ausführlichen Form im Eingangsbereich des Ratssaales ausgelegt hat und bei Interesse Exemplare mitgenommen werden können.

Frau Schöttler-Fuchs fragt nach den Konsequenzen der Aussagen des *Elften Kinder- und Jugendberichts* auf Bergisch Gladbach. Sie ist der Meinung, dass einige der im Bericht angesprochenen Einzelheiten, z. B. die Sprachförderung, in Bergisch Gladbach bereits umgesetzt werden. Dies bittet sie in einer Vorlage darzustellen.

Herr Hastrich sagt eine entsprechende Mitteilungsvorlage für eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu.

Ergänzend bittet Frau Schu, die zugesagte Vorlage sowie die Zusammenfassung des *Elften Kinder- und Jugendberichts* allen Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen.

Herr Zenz berichtet, dass die *Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG (AG 78)* am 22.04.2002 mit **Herrn Heinrich Hölzl**, Direktor des Heilpädagogisch-therapeutischen Zentrums für Kinder und Jugendliche *Die gute Hand* in Kürten-Biesfeld, einen neuen Vorsitzenden gewählt hat. In besonderer Weise wurde **Herrn Eßer** gedankt, der zwei „Legislaturperioden“ lang den Vorsitz geführt hatte. Diesen Dank wiederholt Herr Zenz vor dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss). Mit Herrn Eßer hatte die *AG 78* einen Vorsitzenden, der gleichzeitig Mitglied des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) der Stadt Bergisch Gladbach war. Um dies auf Vorschlag der *AG 78* auch Herrn Hölzl zu ermöglichen, kündigt Herr Zenz eine Beschlussvorlage für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 27.06.2002 an. Die Verwaltung wird vorschlagen, der/dem Vorsitzenden der *AG 78* grundsätzlich die beratende Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Wege der Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach zu ermöglichen.

Zu Punkt 8 regt Frau Schöttler-Fuchs an, im Rahmen der ErzieherInnen-Fortbildung

eine Veranstaltung bezüglich der PISA-Studie anzubieten. In der Studie wurde die Forderung erhoben, dass der Kindergarten zur Erfüllung seines Bildungsauftrags gestärkt werden muss und eine intensivere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule anzustreben ist. Es müsse überlegt werden, wie mit dieser Forderung umzugehen ist.

Herr Zenz schlägt vor zu warten, bis die Aussagen der PISA-Studie bezogen auf die einzelnen Bundesländer, PISA-E, vorliegen. Dadurch sind landesspezifische und damit aussagekräftigere Erkenntnisse zu erwarten.

Herr Knops berichtet über die Aktionen, die im Rahmen des vom Land NW geförderten Projekts *Kommunen gegen Rechtsextremismus – Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit* in Bergisch Gladbach durchgeführt wurden. Er dankt dem Verein *RegioNet* für die Betreuung der Projektmittel und seine begleitende Pressearbeit. Ebenfalls dankt Herr Knops den verschiedenen Institutionen wie Schulen, Kindertagesstätten, Jugendverbänden, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen usw., die mit viel Engagement und Ideenreichtum eine bunte Projektpalette angeboten haben. Herr Knops betont, dass *RegioNet* diese Aufgaben umfassend und mit hohem Zeitaufwand in hervorragender Weise erfüllt hat, so dass die Aktionen ein großer Erfolg waren.

Die Dokumentation des medienunterstützten Vortrags von Herrn Knops ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Herr Hoffstadt schließt sich dem Dank an die Projektträger und *Regio Net* an.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, dass *RegioNet* im Nachhinein gern eine Dokumentation der über 80 Einzelprojekte erstellen würde, die Mittel dafür jedoch nicht ausreichen. Deshalb wurde ein Pool gebildet, um die Dokumentation durch Sponsorengelder finanzieren zu können. Sie bittet zu prüfen, ob ein Zuschuss der Stadt in der Größenordnung von 300 bis 500 € gewährt werden kann. Insgesamt sollen rd. 1.500 bis 2.500 € an Sponsorengeldern zusammengetragen werden.

Herr Hoffstadt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden können.

6 Vorstellung des Projektes "MigrantInnen in Ausbildung (MiA) im Rheinisch-Bergischen Kreis" in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.

Frau Funda Eren, zurzeit Leiterin des Projekts „Maßnahme zur Förderung der betrieblichen Ausbildung im Rheinisch-Bergischen Kreis (MfBA)“ in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V., stellt das neue Projekt „MigrantInnen in Ausbildung im Rheinisch-Bergischen Kreis“ vor.

Von der Feststellung ausgehend, dass auch im Rheinisch-Bergischen Kreis der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in betrieblicher Ausbildung rückläufig ist, soll das Projekt die Ausbildungsmotivation junger Migrantinnen und Migranten steigern. Das Projekt zielt gleichfalls auf die Verbesserung der beruflichen Qualifikation junger Migrantinnen und Migranten. Auch sollen zusätzliche

Ausbildungsplätze für deutsche und ausländische Jugendliche in „deutschen“ Unternehmen und in Betrieben, deren Inhaber ausländischer Abstammung sind, geschaffen werden. Zielgruppe des Projekts sind MigrantInnen der 7. bis 10. Schuljahre und ihre Eltern. Die Eltern sollen insbesondere über das duale System der Ausbildung informiert werden.

Das Projekt ist bereits in der Mitteilungsvorlage zur Sitzung ausführlich beschrieben worden. Sie enthält Aussagen zur Ausgangslage, den Zielen, der Ausstattung und Finanzierung des Projekts.

Frau Schu fragt nach dem Kosten- und Finanzierungsplan der Maßnahme.

Herr Eßer, AWO, antwortet, dass sich die kalkulierten Gesamtkosten für die drei Projektjahre auf 570.000 € erhöht haben, weil ein weiterer Mitarbeiter eingestellt werden soll. Die gesamte Finanzierung soll über einen Zuschuss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sichergestellt werden. Es ist nicht beabsichtigt, in drei Jahren städtische Mittel zu beantragen.

Frau Zanders hält es für wichtig, die Eltern in die Maßnahme einzubeziehen. Sie fragt nach, ob es schwierig ist, die Eltern zur Mitarbeit zu bewegen.

Frau Eren berichtet, dass eine erste Informationsveranstaltung am 02.03.2002 in Burscheid für türkische Eltern und Jugendliche durchgeführt wurde. Entsprechende Einladungen (in deutscher und der jeweiligen Muttersprache) wurden über die Schüler an die Eltern verteilt. Dies hat sich jedoch nicht bewährt, so dass die Einladungen für die kommende Veranstaltung mit griechischen Eltern direkt an diese geschickt wurden.

Frau Schu fragt nach, ob für die Rekrutierung von Ausbildungsstellen in den Betrieben das Honorar des Arbeitsamtes für Fremdvermittlung beansprucht werden und so eine Möglichkeit geschaffen werden könnte, um das Projekt gegen zu finanzieren.

Hierzu führt Frau Eren aus, dass das Arbeitsamt das Projekt als Partner unterstützt. Ausländischen Betriebsinhabern, die im Rahmen des Projekts als Ausbilder gewonnen werden können, fehlt oft die zur Ausbildung berechtigte Ausbildereignungsprüfung und das entsprechende Zertifikat. Die hierfür aufzuwendenden Kosten in Höhe von rd. 600 € übernimmt derzeit das Arbeitsamt. Im Übrigen solle das Projekt aus Bundesmitteln voll finanziert werden.

Herr Hoffstadt dankt Frau Eren für ihre Präsentation und äußert seine Hoffnung, dass die noch ausstehende Bewilligung des Projekts seitens des Ministeriums im Sommer erfolgt.

7 Übertragung der Trägerschaft über die Kindertagesstätte "Flic Flac" auf die Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. Die Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V. wird gemäß § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

2. Die Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V. wird gemäß den städtischen Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten als finanzschwacher Träger anerkannt.

3. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) stimmt der Verschmelzung des Elternvereins der Turnerschaft 1879 e.V. mit der Turnerschaft Bergisch Gladbach 1879 e.V. sowie der damit einhergehenden Übertragung der Trägerschaft über die Kindertagesstätte „Flic Flac“ auf die Turnerschaft rückwirkend zum 01.01.2002 zu.

8 Änderung des Maßnahmenbeschlusses für den Spielplatz Auf'm Büchel

Auf Nachfrage von Frau Schu bestätigt Herr Hastrich, dass die in der Vorlage genannten Zahlen bereits zur Ratssitzung am 21.03.2002 gründlich recherchiert worden sind.

Herr Neuheuser kündigt an, dass die Fraktion KIDitative dem Beschlussvorschlag wegen der fehlenden Rutsche, die nach Meinung seiner Fraktion zu jedem Kinderspielplatz gehört, nur unter Protest zustimmen kann. Seiner Ansicht nach hätte auch der Bach, der auf der anderen Straßenseite verläuft, in die Planungen einbezogen werden können.

Bezüglich der Spielplatzgestaltung stellt Herr Hastrich in Aussicht, dass die Ausstattung des Spielplatzes jederzeit erweiterbar ist, wenn entsprechende städtische oder Fremdmittel zur Verfügung stehen.

Weiterhin fragt Herr Neuheuser nach, ob die nahe dem Spielplatz befindlichen großen Freiflächen als Flächen zur Naherholung planungsrechtlich abgesichert sind. Dies bestätigt Herr Hastrich.

Auch die bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) kritisierte Durchführung der Partizipation von Kindern an der Spielplatzgestaltung greift Herr Neuheuser noch einmal auf.

Herr Hastrich bestätigt, dass künftig zunächst ein Budget festgelegt wird, bevor im Rahmen der Partizipation Kindern Gelegenheit gegeben wird, Wünsche zur Spielplatzgestaltung zu äußern.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Spielplatz Auf'm Büchel soll, wie in der Planskizze (Variante 3

der Beschlussvorlage vom 28.02.2002) dargestellt, errichtet werden. Für die Errichtung des Spielplatzes wird ein Betrag von ca. 105.244 € veranschlagt.

9 **Ergebnisse der Studie: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Bergisch Gladbach**

Herr Neuheuser stellt fest, dass nunmehr 2½ Jahre vergangen sind seit die Fraktion KIDitiative den Antrag auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen an sie betreffende Entscheidungen gestellt hat. Er lobt, dass die Möglichkeiten der Partizipation in der Vorlage ausführlich dargestellt sind. Das Fazit hält er jedoch für unbefriedigend. Eine nur projektbezogene Beteiligung hält die Fraktion KIDitiative für nicht wünschenswert, da sich dann die Frage stellt, wer die Projekte auswählt, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen können. Hierfür würde wiederum ein mit Kindern und Jugendlichen besetztes Forum erforderlich, das die entsprechende Auswahl treffen müsste.

Herr Zenz bestätigt, dass eine Kultur der Beteiligung von Jugendlichen entwickelt werden muss, wenn es um die Frage der Projektbeteiligung geht. Es ist zu überlegen, wie Projekte ausgewählt und begleitet werden sollen. Projekte haben den Vorteil, dass sie unmittelbar das Lebensumfeld der Jugendlichen betreffen. Herr Zenz sagt zu, den Fraktionen die umfangreiche Ausarbeitung der Studie zuzuleiten, damit dort eine vertiefende Nacharbeitung erfolgen kann.

Herr Neuheuser teilt mit, dass seine Fraktion auf die Ergebnisse des Wettbewerbs (s. Anlage 1) gespannt ist. In diesem Zusammenhang fragt er nach, an wen das eingangs der Sitzung verteilte Faltblatt geschickt wurde.

Herr Zenz antwortet, dass das Faltblatt gerade fertig gestellt und mit dem Versand an Schulen, Jugendeinrichtungen und Jugendverbände erst am Sitzungstag begonnen wurde.

Herr Köntje hält es für wünschenswert, das Thema Partizipation auch weiterhin parteiübergreifend zu behandeln. Er verweist darauf, dass von 95 Verbänden und Einrichtungen, die eingeladen waren an der Untersuchung teilzunehmen, 31 Interesse signalisiert haben und letztlich zwanzig Gruppeninterviews zustande kamen, in denen sich die Jugendlichen überwiegend für projektbezogene Beteiligung ausgesprochen haben. Herr Köntje plädiert für weiteres schrittweises Vorgehen, wie es im Rahmen der Befragungen praktiziert wurde. Er regt an, das Medium Internet zu nutzen und ein Internet-Forum einzurichten. Weiterhin sei zu bedenken, dass Entscheidungen für eine parlamentarische und/oder projektorientierte Beteiligung auch von den finanziellen Möglichkeiten der Stadt abhängen.

Herr Hastrich führt aus, dass die durchgeführte Befragung keineswegs die einzige Bemühung der Stadt ist, Partizipationswünsche zu erkunden und Beteiligung zu gewährleisten. In zahlreichen weiteren Projekten sind Kinder und Jugendliche in Belange der Stadtentwicklung eingebunden, z.B. durch das Projekt *Kinder überplanen das Buchmühlen-Gelände*. Durch den ausgeschriebenen Wettbewerb soll

in Erfahrung gebracht werden, in welcher Form Kinder und Jugendliche sich ihre Beteiligung an der Gestaltung ihrer Stadt vorstellen können. Deshalb ist noch kein Beschlussvorschlag zu Strukturformen von Partizipation unterbreitet worden.

Frau Schöttler-Fuchs fragt, inwieweit der Agenda-Beauftragte im Hinblick auf die Stadtentwicklung an den Partizipationsbestrebungen beteiligt ist.

Herr Hastrich teilt mit, dass der Agenda-Beauftragte ein Internet-Spiel vorbereitet, in dem sich BürgerInnen jeden Alters zu Fragen der Stadtentwicklung einbringen können. Geplant sind verschiedene Themenkomplexe. Auch der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* ist an der Entwicklung des Spiels beteiligt. Mit der Veröffentlichung des Spiels im Internet ist Anfang des Jahres 2003 zu rechnen. Ein eigenständiges Internet-Forum hält Herr Hastrich wegen fehlender personeller Kapazitäten für nicht durchführbar. Er verweist auf die homepage der Stadtverwaltung, die Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnet, sich einzubringen.

10 Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"

Aufgrund der weitgehenden Konsequenzen, die sich aus der Abstimmung über die Vorlage ergeben, stellt Frau Wöber-Servaes für die CDU-Fraktion den Antrag, die Beschlussfassung zu vertagen.

Herr Hoffstadt lässt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Drucksachen-Nr. 230/2002 *Mittelfristige Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime"* wird vertagt.

11 Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, Bergisch Gladbach

1. Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius, Bergisch Gladbach

2. Anträge der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., Bergisch Gladbach

Ergänzend zu der mit der Einladung versandten Beschlussvorlage verweist Herr Hastrich auf die eingangs der Sitzung verteilte Tischvorlage. Sie ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Herr Hastrich erläutert, dass der Ausgangspunkt für die Förderung der Investitionsvorhaben in der Dr.-Robert-Koch-Straße war, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der offenen Jugendarbeit in der Stadtmitte ein differenzierteres Angebot zu unterbreiten. Damit einher geht der bereits beschlossene Trägerwechsel und die Bereitschaft des neuen Trägers, ein neues Konzept einzubringen. Hierdurch müssen künftig geringere städtische Mittel für die offene Jugendarbeit aufgewendet werden.

Statt des Zuschussbedarfs für die *Offene Tür St. Laurentius* im Jahr 2000 in Höhe von 131.054 € sinkt der Zuschussbedarf im Jahr 2002 bereits um rd. 50.000 € auf 80.370 €. Für das Jahr 2003 ist, unter Anwendung der Regelförderung, ein Zuschussbedarf von rd. 70.000 € zu erwarten, der – gemessen am Jahr 2000 als Bezugsgröße – mithin um 47 % abgesenkt werden konnte.

Gleichzeitig konnte der Investitionsbedarf, der für die Einrichtung seit längerer Zeit bestand, deutlich abgesenkt werden, da nicht mehr die gesamte Fläche, die bisher der offenen Jugendarbeit zur Verfügung stand, in die Förderung einbezogen wird.

Herr Hastrich teilt mit, dass Mittel in der genannten Höhe in den Haushalt eingestellt wurden.

Frau Schu fragt nach der Kalkulation der Personalkosten. Zurzeit ist statt der ehemals vorgesehenen drei Stellen nur eine besetzt. Sie bittet um Auskunft, für wie viele Stellen die Stadt derzeit Personalkostenzuschüsse zahlt.

Herr Hastrich antwortet, dass der Personalkostenzuschuss nur auf der Grundlage tatsächlich beschäftigter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezahlt wird.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

4. **Dem Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius auf Förderung der Sanierungskosten des Gebäudes Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Laurentius auf eine Förderung in Höhe von 147.171,69 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 443.551 € auf 88.964 € festgesetzt. Ein Teilbetrag in Höhe von 26.500 € steht für 2002 zur Verfügung, die restlichen Fördermittel werden vorbehaltlich der Bereitstellung im Haushalt der Jahre 2003 und 2004 ausgezahlt.**
5. **Dem Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., auf Förderung der Einrichtungskosten für die *Ehrenamtlichen Räume* in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, in Höhe von maximal 2.644,34 € wird zugestimmt. Der Förderbetrag versteht sich auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 28.251,47 €.**
6. **Dem Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V., auf Förderung der Einrichtungskosten für das *Offene Jugendcafé – Internet-Café* in der Dr.-Robert-Koch-Straße 8, 51465 Bergisch Gladbach, wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom Antrag des Katholischen Jugendamtes / der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V. auf eine Förderung in Höhe von 32.354,42 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 46.220,60 € auf maximal 25.550,00 € festgesetzt.**

Herr Neuheuser stellt fest, dass die vorgelegte Zusammenstellung der Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiter/in-Card sehr interessant ist. Gleichzeitig bemängelt er, dass in Bergisch Gladbach nur wenige Vergünstigungen geboten werden.

In seiner Eigenschaft als Sprecher der *Planungsgruppe Jugendverbandsarbeit* kritisiert Herr Neuheuser, dass die Verwaltung in der Vorlage äußert, aus personellen Gründen noch nicht mehr habe erreichen können. Die Planungsgruppe habe bezogen auf Bergisch Gladbach konkrete Vorschläge für Vergünstigungen unterbreitet. Zudem hat die Planungsgruppe unter den aktiven Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleitern eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Mit den über 200 gesammelten Unterschriften soll die Bürgermeisterin gebeten werden, sich für die Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Jugendleiterinnen und Jugendleiter einzusetzen. Seit Ende des Jahres 2001 versuche die Planungsgruppe, die Unterschriftenliste an die Bürgermeisterin zu übergeben. Leider seien alle bisher vereinbarten Termine nicht zustande gekommen. Herr Neuheuser zeigt sich zuversichtlich, dass es demnächst zu einem Treffen kommen wird.

Es gilt einen Anreiz für die Jugendleiterinnen und Jugendleiter zu schaffen, die Juleica zu beantragen, weil künftig aus versicherungsrechtlichen Gründen ein amtlicher Nachweis der Tätigkeit als Jugendleiterin oder Jugendleiter verlangt wird.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

13 **Auswirkungen des Sozialgesetzbuches (SGB) Neuntes Buch(IX) -Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen- auf die Jugendhilfe**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14 **Statistik - Hilfe zur Erziehung/Hilfe für junge Volljährige von 1996 bis 2001**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

15 **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

15.5. Verunreinigung der Spielplätze durch Hundekot

Frau Schöttler-Fuchs erinnert daran, dass die Verwaltung nach einer diesbezüglichen Anfrage in einer früheren Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), bei anderen Kommunen anfragen wollte, ob dort Konzepte vorliegen, wie Hundebesitzer zur Beseitigung von Hundekot auf Spielplätzen veranlasst werden könnten. Weiterhin erinnert sie an die Zusage, im Zusammenhang mit der Rahmenplanung Bockenberg Kinder zu befragen, wie nach ihrer Meinung dieses Problem bewältigt werden könnte.

Herr Zenz antwortet, dass im Zusammenhang mit der Rahmenplanung

Bensberg für eine Stelle am *Deutschen Platz* geprüft wurde, einen Automaten zum Erwerb von Tüten aufzustellen, in die Hundebesitzer Hundekot entsorgen können. Die Verhandlungen sind jedoch ins Stocken gekommen, weil es Probleme mit dem Vertreter gegeben hat. Die Verwaltung wird sich weiterhin um die Problematik kümmern.

15.6. Jugendzeltplatz Freudenthal

Bezüglich ihrer damaligen Anregung, für die Benutzer des Jugendzeltplatzes Freudenthal ein pädagogisches Angebot zu unterbreiten, fragt Frau Schöttler-Fuchs nach dem Sachstand.

Herr Zenz berichtet, dass sich das Angebot „Jugendzeltplatz“ in der Produktkritik befindet. Es ist derzeit fraglich, ob sich die Stadt den Betrieb des Jugendzeltplatzes künftig noch leisten kann. Unter Hinweis auf die Verwaltungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 330/2001 aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 07.06.2001 erinnert Herr Zenz an die Notwendigkeit, aus städtischen Mitteln Investitionen für den Jugendzeltplatz tätigen zu müssen. Ob diese Finanzmittel noch aufgebracht werden können, wird geprüft. Für das Jahr 2002 ist das Angebot des Jugendzeltplatzes gesichert.

Zurzeit ist daran gedacht, für den zukünftigen Betrieb Jugendverbände oder andere Institutionen zu motivieren, den Jugendzeltplatz in dieser oder ähnlicher Form zu übernehmen und zu betreiben. Die Stadt muss gleichzeitig von der Pflicht zur Übernahme künftiger Investitions- und laufender Kosten aus dem städtischen Etat freigestellt werden.

15.7. Konzeptionelle offene Jugendarbeit in der Stadtmitte

Herr Neuheuser erinnert daran, dass zurzeit bestimmte Altersgruppen durch die Schließung der *OT St. Laurentius* nicht betreut sind. Ihre Betreuung sollte durch das *Q 1 Jugend-Kulturzentrum* erreicht werden. Er erbittet einen Sachstandsbericht.

Herr Knops antwortet, dass die wieder stabilere Personalsituation im Jugend-Café des *Q 1 Jugend-Kulturzentrum* dazu geführt hat, dass sich jüngere Besucher als vorher dem Jugend-Café zuwenden. Natürlich kann keine Garantie gegeben werden, dass ausnahmslos alle ehemaligen jüngeren Besucher der *OT St. Laurentius* nun das Jugend-Café besuchen.

Bezüglich der Mädchenarbeit, die die *OT St. Laurentius* geleistet hat, berichtet Herr Knops, dass die Kontinuität dadurch aufrecht erhalten werden konnte, dass eine ehemalige feste Mitarbeiterin der Einrichtung die bestehende Mädchengruppe nun als freie Mitarbeiterin betreut. Dies soll auch beibehalten werden.

Zusätzlich bereitet sich die Mobile Offene Jugendarbeit, dem Wunsch des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) folgend, darauf vor, auf Jugendliche und Jugendcliquen in der Stadtmitte zuzugehen.

Bezüglich der Offenen Tür im *Q 1 Jugend-Kulturzentrum* teilt Herr Knops mit,

dass derzeit die Stelle einer pädagogischen Mitarbeiterin vakant ist. Die Wiederbesetzung ist beabsichtigt.

15.8. Sicherheitsüberprüfung auf städtischen Kinderspielplätzen

Frau Dehler berichtet von einem Artikel aus der Zeitschrift *Focus* vom März 2002. Demzufolge hat der Technische Überwachungsverein (TÜV) festgestellt, dass auf 30 % aller Kinderspielplätze ernsthafte Sicherheitsmängel bestehen. Frau Dehler fragt an, ob auf den Kinderspielplätzen der Stadt Bergisch Gladbach Sicherheitsüberprüfungen stattfinden.

Herr Zenz erläutert, dass die Spielgeräte auf den öffentlichen Spielplätzen in regelmäßigen Abständen von städtischen Mitarbeitern des *Fachbereichs 7 – Umwelt und Technik* überprüft und gewartet werden. Hierüber ist jeweils ein Prüfbericht anzufertigen.

Darüber hinaus können auch Bürgerinnen und Bürger, die einen Sicherheitsmangel auf einem städtischen Spielplatz feststellen, sich jederzeit an die Verwaltung wenden und dies anzeigen.

Herr Hoffstadt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:34 Uhr.

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 28.02.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Soziales - öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage.

Zu Punkt 2 führt Herr Hastrich ergänzend aus, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* neben ihren jeweiligen Aufgaben zurzeit zusätzlich mit Fragen der Haushaltskonsolidierung/Produktkritik sowie dem angestoßenen Organisationsentwicklungsprozess beschäftigen, der in eine Umstrukturierung des Fachbereichs münden wird. Dabei erfasst der Prozess beide Bereiche des Fachbereichs – sowohl den Jugendbereich als auch den Sozialbereich. Herr Hastrich verteilt an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) Schaubilder über die derzeitige und seinen Vorschlag für die künftig zu erwartende Organisationsstruktur (Anlage 4) sowie eine inhaltliche Einführung in die Organisationsentwicklung (Anlage 5). Diese Unterlagen sind auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* verteilt worden. Sie sollen als Grundlage für eine intensive Diskussion über die Organisationsentwicklung im Fachbereich dienen. Es ist beabsichtigt, bis zum Sommer Grundsatzentscheidungen über die künftige Aufbaustruktur und Neuordnung der Produkte (Aufgaben) zu treffen. Eine Diskussionsmöglichkeit über das Thema wird für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 27.06.2002 vorgesehen. Die verteilten Unterlagen sollen der Vorbereitung dienen. Sie sind der Niederschrift als Anlagen 4 und 5 beigelegt.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

5 **Rahmenrichtlinien zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Bereich Soziales und Jugendhilfe der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Hastrich berichtet vom Erörterungsgespräch mit den Geschäftsführern der freien Wohlfahrtspflege, das am 18.04.2002 stattgefunden hat. Die Geschäftsführer haben ihre grundsätzliche Zustimmung zum Entwurf signalisiert. Es wurde angeregt, einen Abschnitt zum Themenbereich Kommunikation und Kooperation ergänzend in die Richtlinien aufzunehmen. Die textliche Ergänzung wird dem Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) mit der Beschlussvorlage zu den Rahmenrichtlinien, die für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 27.06.2002 vorgesehen ist, zur Kenntnis gebracht.

Herr Hastrich macht darauf aufmerksam, dass die Rahmenrichtlinien einerseits die Finanzierung von Leistungen der freien Träger regeln und andererseits das künftige Zusammenwirken von Politik und Verwaltung beschreiben. Dabei werden Aspekte der Neuen Steuerung aufgegriffen. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, sich auch unter dieser strukturellen Perspektive intensiv mit dem Entwurf der Rahmenrichtlinien zu befassen.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

6 **Darstellung der Aufgaben der Produktgruppe 5-500 - Hilfen in Notlagen Stand 31.12.2001**

Herr Hoffstadt stellt fest, dass aus den Berichten eindrucksvoll hervorgeht, was durch engagierte Arbeit in den verschiedenen Bereich bewirkt werden kann. Insbesondere die derzeit vakante Stelle im Bereich *Hilfe zur Arbeit* wirkt sich negativ auf den Erfolg der Bemühungen der Stadt in diesem Aufgabenbereich aus.

Herr Hastrich bestätigt, dass der Bericht einen guten Einblick in die vielfältige Arbeit der Produktgruppe 5-500 *Hilfen in Notlagen* gewährt und ebenfalls deutlich macht, dass in diesem Bereich sehr qualifiziert gearbeitet wird. Dies ist sowohl im Hinblick auf die Betreuung der Hilfesuchenden in verschiedenen Lebenssituationen als auch im Hinblick auf den städtischen Haushalt festzustellen.

Herr Hoffstadt greift die Feststellung im Bericht *Hilfe zur Arbeit – Bilanz 2001* auf, dass die Situation speziell für Frauen auf dem Arbeitsmarkt als unverändert problematisch beschrieben wird. Er bittet um Mitteilung, was beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung unternommen wird, damit Frauen Arbeitsangebote annehmen können.

Herr Hastrich kündigt an, dass in der kommenden Woche ein Gespräch zwischen den Sachgebieten *Hilfe zur Arbeit* und *Tagesbetreuung für Kinder* mit dem Ziel geführt werden soll, um Einflussmöglichkeiten auf das Betreuungsangebot für Kinder zu prüfen und damit Müttern den Einstieg in eine berufliche Tätigkeit oder Qualifizierung zu erleichtern.

Herr Dekker bestätigt, dass die Anzahl der Frauen in der Sozialhilfe unerfreulich hoch bleibt. Eine erneute Kontaktaufnahme mit der *Regionalstelle Frau und Beruf* ist

erfolgt. Ziel ist es, die Thematik noch einmal intensiv zu analysieren, um dann gezielte Maßnahmen und Projekte sowie Strategien für den Personenkreis entwickeln zu können.

Herr Hoffstadt bemerkt, dass zunehmend deutlich wird, dass Arbeitskräfte im ungelerten Bereich kaum noch gefragt sind. Für sie ist ein Abrutschen in die Sozialhilfe dann meist unvermeidlich. Herr Hoffstadt sieht einen politischen Auftrag darin, Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung zu entwickeln.

Herr Hastrich antwortet, dass diesem Problem nicht allein mit Anstrengungen im Bildungsbereich entgegen zu treten ist. Vielmehr muss die Stadt darauf hinwirken, Beschäftigungsverhältnisse zu retten oder wieder zu schaffen, die für Menschen im ungelerten Bereich eine Erwerbsmöglichkeit bieten. Betriebe, die Stellen für dieses Klientel vorhalten, gilt es abzusichern.

Frau Münzer spricht das Angebot von Sprachkursen an, die im Rahmen der „Qualifizierungsoffensive“ bisher vom Kreis gefördert wurden. Im Zusammenhang mit der für den Haushalt 2002 beschlossenen drastischen Mittelkürzung der Kreis-Beschäftigungsförderung müssen diese Maßnahmen bereits jetzt aus städtischen Mitteln finanziert werden. Frau Münzer fragt, ob dies bedeutet, dass die Kurse aufgrund der schlechten Haushaltssituation, in der sich auch die Stadt befindet, künftig eingestellt werden.

Herr Hastrich bestätigt, dass die Stadt, bedingt durch den Rückzug des Kreises, bereits jetzt die notwendigen Finanzmittel für die Sprachkurse aufbringt. Er erläutert, dass für den Bereich *Hilfe zur Arbeit* im städtischen Haushalt ein begrenztes Budget zur Verfügung steht, das es erforderlich macht, Schwerpunkte zu bilden. Es ist nicht daran gedacht, die Förderung von Sprachkursen aus Mitteln des Bereichs *Hilfe zur Arbeit* einzustellen.

Herr Hoffstadt bekräftigt die Notwendigkeit, an Anstrengungen für diesen Bereich nicht nachzulassen. Es ist vielmehr wichtig, die Haushaltsmittel, die der Stadt insgesamt zur Verfügung stellen, effektiv einzusetzen.

Herr Kotulla berichtet, dass die Haushaltssituation der Kommunen im nächsten Jahr noch dramatischer werden wird. Nach einer aktuellen Mitteilung des Städtetages droht für 2003 der endgültige Kollaps der öffentlichen Finanzen. In dem genannten Sektor, der den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erkennbar am Herzen liegt, wird es nicht zum Stillstand kommen, versichert Herr Kotulla. Eine Streichung von Haushaltsmitteln an Stellen wie dieser, hätte die Konsequenz, künftig noch höhere Haushaltsmittel an anderer Stelle im sozialen Bereich einsetzen zu müssen. Dies ist auch der Grund gewesen, den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* in den vergangenen Jahren von Ansatzkürzungen verschont zu lassen. Künftig werden Kürzungen im Fachbereich Jugend und Soziales an verschiedenen Stellen jedoch unausweichlich sein.

7.1. Bolzplatz in Neu-Frankenforst

Herr Kloep fragt bezüglich des Bolzplatzes Neu-Frankenforst nach dem Sachstand.

Herr Zenz sagt zu, die Anfrage schriftlich beantworten zu wollen, weil die Terminierung und die Jahresplanung, die hinter diesem Spielplatzgelände steht, von Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* vorgenommen wird. Mithin können die gewünschten Informationen auch nur von dort erfolgen.

7.2. Beschäftigungsprojekt *Fahrradwerkstatt*

Herr Köchling teilt mit, dass am 1. Juli 2002 von 11 bis 13 Uhr in der Fußgängerzone die Eröffnungsfeier für die *Fahrradwerkstatt* stattfindet. Eine schriftliche Einladung folgt noch.

Herr Hoffstadt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:54 Uhr.

Peter Hoffstadt

stellvertretender Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Sabine Biesenbach

Schriftführerin